

Einladung zur Diskussion

„Umdefinition des Antisemitismus“?

Einleitungsreferat:

Annette Groth

Stuttgart, ehem. MdB Die Linke, Beiratsmitglied
des Deutschen Freidenker-Verbandes

„In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung“, lautet ein gemeinsamer Antrag der Landtagsfraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen. Die AfD-Abspaltung „Blaue Partei“ verurteilt die „Aktionen der BDS-Bewegung in ihrer offensiven und provokanten Israel-Feindlichkeit auf das Schärfste“. Die vermeintliche „Alternative“ für Deutschland fühlt sich übergangen und findet das „schade, denn wir hätten Wort für Wort dieses Antrags mitunterschrieben“, „aber wir werden dem Antrag natürlich zustimmen. Die BDS-Bewegung ist für Israel eine große Bedrohung“.

Ähnliche Beschlüsse existieren bereits in Berlin, München, Frankfurt/Main und anderswo mit der Folge, dass Räume für israelkritische Veranstaltungen verweigert werden und antizionistische Juden kein Rederecht mehr in Deutschland haben.

- Welche Interessen verfolgen die Herrschenden mit ihrem „Kampf gegen Antisemitismus“?
- ntv: „Deutsche Waffen sollen Israels Gas schützen“
- Anstieg des Antisemitismus in Deutschland: nicht nachweisbar
- Antisemitismus-Vorwurf zwecks Unterdrückung von Kritik an der Politik des Staates Israel
- Richtungsstreit in der Partei „Die Linke“ zu Palästina und Israel
- Aktuelle Lage in Palästina und nach dem neuen „Nationalitätsgesetz“ Israels
- Bericht von der Free Gaza Flottille, wie weiter mit der Palästina-Solidarität?

Sonnabend, 13. Oktober 2018, 10:00 Uhr

Jugendherberge

Leiterstraße 10, 39104 Magdeburg